

Bures: Öffentlichen Dienste stehen weltweit vor neuen Herausforderungen

Utl.: Vierter Bericht von der Eröffnung des 28. IÖD-Kongresses =

Wien (GdG/ÖGB) - "Der öffentliche Dienst muss Gerechtigkeit und Chancengleichheit, Fairness und Objektivität garantieren. Der gerechte Zugang zu staatlichen Diensten - zu Bildung und Sicherheit genauso wie zu Gesundheit, dem sozialen Sicherheitssystem oder der Infrastruktur ist die Grundlage für eine demokratische, faire Gesellschaft. Ein funktionierender öffentlicher Dienst ist das Rückgrat eines Staates, auf den sich die Gesellschaft verlassen können muss. Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger ist untrennbar mit der Qualität des öffentlichen Dienstes verbunden", legte Beamten- und Frauenministerin Doris Bures in ihrer Rede bei der Eröffnung des 28. Weltkongresse der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) in Wien ein klares Bekenntnis zu den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ab.++++

Heute stehen wir, so die Ministerin, vor der Aufgabe, Sparsamkeit und Qualität der öffentlichen Dienste zu vereinen. In Österreich könne dies im Rahmen der Sozialpartnerschaft im Dialoge geschehen. Bures: "Der öffentliche Dienst muss mit hoher Qualität, Transparenz und Objektivität überzeugen. Das ist nicht nur für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig, sondern auch Garantie für die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes."

Bures: "Die Qualität der öffentlichen Dienste wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen. Engagement und Motivation sind die wesentlichen Erfolgsfaktoren. Die Politik muss daher dafür sorgen, dass engagierte und motivierte öffentlich Bedienstete die Qualitätsansprüche der Gesellschaft erfüllen können."

Bures: "Ein weiteres wesentliches Ziel, das mir nicht nur in meiner Funktion als Frauenministerin wichtig ist, sondern das gesellschaftliche Bedeutung hat und schlicht eine Frage der Gerechtigkeit ist, ist die Gleichstellung von Frauen und Männern". Die Ministerin betonte, dass es in Österreich zahlreiche gesetzliche Regelungen gäbe, die die Gleichstellung ermöglichen. Trotzdem wurden Frauen auch im öffentlichen Dienst weniger verdienen und seien auch in Führungsfunktionen unterrepräsentiert.(ff)

Informationen und Unterlagen stehen im Internet unter www.psi100.org

bereit.

ÖGB, 24. September 2007

Nr. 552

Rückfragehinweis:

IÖD-Presse

Tel.: 0664/814 63 11 oder 0664/614 53 17

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0119 2007-09-24/12:20

241220 Sep 07

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070924_OTS0119